

Kölner Stadt-Anzeiger

FLÜCHTLINGE IN NRW

NRW - 16.11.2015

Wenige Kommunen in NRW versichern Flüchtlinge



Gesundheitskarte (Symbolbild)
Foto: dpa

Von Barbara A. Cepielik

Aus Kostengründen verweigern viele Städte Asylbewerbern die Gesundheitskarte. Wenn Flüchtlinge krank werden, müssen erst einen Behandlungsschein beantragen - am gerade Wochenende oft ein Ding der Unmöglichkeit.

Asylbewerber dürfen nur zum Arzt gehen, wenn sie akut erkrankt sind. Dazu müssen sie erst einen Behandlungsschein beantragen; das ist schon an normalen Wochentagen unpraktisch, an Wochenenden oft unmöglich. Deswegen setzt NRW-Gesundheitsministerin Barbara Steffens (Grüne) auf eine

Gesundheitskarte für Flüchtlinge – nach Bremer und Hamburger Vorbild.

Die Flüchtlinge können dort ohne großen Papierkrieg direkt einen Arzt aufsuchen, wenn ihnen etwas fehlt. Das Angebot, so die Erfahrung in den norddeutschen Hansestädte, hat nicht – wie manche befürchteten – zu vermehrten oder teureren Arztbesuchen geführt. Doch nur die wenigsten der fast 400 NRW-Kommunen haben sich schon für die Gesundheitskarte entschieden.

Köln, Bonn, Leverkusen, Aachen, Gelsenkirchen, Bochum und Mönchengladbach und andere Städte wie Wermelskirchen und Oberhausen sind aber schon auf den Zug aufgesprungen. Sie überweisen den Kassen 200 Euro pro Flüchtling und Monat – das entspricht dem, was sie bisher auch für die medizinische Versorgung gezahlt haben – sowie eine Verwaltungspauschale. Die Flüchtlinge erhalten so einen einfachen Zugang zu Basisleistungen der Kassen.

Doch etliche Gemeinden murren – im Kreis Euskirchen ebenso wie im Ruhrgebiet. Die Räte in Duisburg und Essen haben bereits beschlossen, sie treten der Vereinbarung nicht bei. Der Essener Sozialdezernent Peter Renzel sagt, das neue Verfahren sei zu teuer, die Behandlungskosten würden zu einem unkalkulierbaren Risiko, weil das Gesundheitsamt nicht mehr prüfen könne, welcher Arztbesuch tatsächlich nötig war. Unterm Strich fürchtete Essen Mehrkosten von mindestens 375 000 Euro im Jahr. Die Krankenkassen berechnen für ihren Verwaltungsaufwand acht Prozent der Behandlungskosten oder mindestens 140 Euro pro Jahr und Flüchtling. Dafür, so die Kasse, hätte die Verwaltung weniger Arbeit und spare Personal. Die Stadt Essen kontert: Die Abrechnung mit den Kassen übernehme ohnehin ein externer Dienstleister, der sei billiger.

NUR BEI AKUTEN ERKRANKUNGEN VERSORGT

Dortmunds Stadträtin Birgit Zoerner rechnet mit einer Kostenexplosion, sollte die Karte für Flüchtlinge eingeführt werden. 1,4 Millionen Euro würden zusätzlich anfallen, wenn die Gesundheitskosten pro Flüchtling monatlich um nur 30 Euro steigen sollten (bei 4000 Asylbewerbern). Die Verwaltung der Karte dürfte in Dortmund rund 440 000 Euro pro Jahr kosten. Dem gegenüber könnten laut Zoerner nur rund 210 000 Euro Personalkosten eingespart werden. Duisburgs Verwaltung sieht das ähnlich. Das

bisherige System habe sich bewährt. Stadtdirektor Reinhold Spaniel hält es „für einen fatalen Fehler, nicht eine bundesweite Regelung zu finden“. Da die Teilnahme den Kommunen überlassen ist, könnten „auf zwei Kilometer“ verschiedene Systeme gelten.

Bisher wurden Flüchtlinge nur bei akuten Erkrankungen medizinisch versorgt und geimpft. Die Gesundheitskarte ermöglicht ihnen eine etwas breitere ärztliche Betreuung als bisher, aber nicht in dem Umfang, den gesetzlich versicherte Deutsche kennen. (mit dpa)

Artikel URL: <http://www.ksta.de/nrw/fluechtlinge-in-nrw-wenige-kommunen-in-nrw-versichern-fluechtlinge,27916718,32433436.html>

Copyright © 2015 Kölner Stadtanzeiger